

Edda-Müller-Archiv

www.bayerischer-anwaltverband.de

Wissenschaftliche Politikberatung heute (2005)

Wissenschaftliche Politikberatung heute

Festvortrag Prof. Dr. Edda Müller
beim 25-jährigen Jubiläum des Rhein-Ruhr-Instituts für Sozialforschung und
Politikberatung e.V. (RISP), Duisburg, 30. September 2005

Sehr geehrter Herr Prof. Schatz,
sehr geehrte Damen und Herren,

es ist eine große Ehre und noch größere Herausforderung für mich über ein Thema – die **wissenschaftliche Politikberatung** - zu reden, das seit 25 Jahren das ureigenste Metier des Rhein-Ruhr-Instituts für Sozialforschung und Politikberatung ist. Ich gratuliere ganz herzlich zum 25. Geburtstag des RISP und zu 25 Jahren sozialwissenschaftlicher Politikberatung. Das RISP war und ist erfolgreich, denn wenn es anders wäre, könnten wir heute nicht ein solch stolzes Jubiläum feiern.

Ich soll nicht nur über wissenschaftliche Politikberatung, ihre Wirksamkeit und Erfolgsbedingungen reden. Es geht um **Wissenschaftliche Politikberatung heute**. Der Themenwahl liegt anscheinend die Annahme zugrunde, dass wissenschaftliche Politikberatung heute auf andere Rahmenbedingungen trifft als dies in der Vergangenheit der Fall war. Ich will Ihnen meine Sicht der Dinge dazu gleich darlegen. Zuvor muss ich Ihnen aber erklären, welchen Zugang ich zu dem Thema habe und vor welchem Erfahrungshintergrund meine Überlegungen entstanden sind.

Als ehemalige Ministerialbeamtin und jemand der - wenn auch nur kurzzeitig - politische Verantwortung getragen hat, war ich lange Jahre selbst **Auftraggeberin und Nutzerin von Politikberatung**. Ich weiß daher um die unterschiedlichen Motive und taktischen Überlegungen, die der Formulierung von Aufträgen, der Auswahl der Auftragnehmer, des Zeitpunkts der Vergabe sowie des institutionellen Arrangements von Politikberatung zu Grunde liegen. Ebenso weiß ich, wann Politikberatung wirklich nützlich war und wann sie „mehr Steine als Brot“ geliefert hat. Hierzu gleich mehr. An dieser Stelle sei nur gesagt, **ich habe nicht den Eindruck, dass sich wissenschaftliche Politikberatung heute hinsichtlich der sehr differenzierten Motivlage der Auftraggeber von früherer wissenschaftlicher Politikberatung**

unterscheidet. Vielleicht ist es aber gerade das Dilemma sozialwissenschaftlicher Politikberatung, das sie heute noch mehr als früher der Politik zu wenig „Brot“ liefern kann, um bei der Überwindung des Hauptproblems von Politik hilfreich zu sein. **Das ist die Umsetzung kluger Erkenntnisse in konkrete, konsensfähige Handlungsprogramme.**

Ich kenne auch die andere Seite von Politikberatung. Als Leiterin der Abteilung Klimapolitik des **Wuppertal Instituts** für Klima, Umwelt und Energie habe ich einige Zeit selbst das mitunter harte Brot des wissenschaftlichen Politikberaters gegessen. Vor allem aber war ich **Mitwirkende oder teilnehmende Beobachterin der Arbeit der verschiedensten wissenschaftlich-politischen Beratungsgremien** wie z.B. der Neugliederungskommission des Bundesgebiets, der Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform, der Enquetekommissionen des Deutschen Bundestages zur Verfassungsreform und zum Klimawandel. Ich war Mitglied der Rürup-Kommission und bin derzeit stellvertretende Vorsitzende des vom Bundeskanzler berufenen Rates für nachhaltige Entwicklung. Als Vorstand der Dachorganisation der deutschen Verbraucherzentralen und Verbraucherverbände sehe ich mich schließlich in einer **Doppelrolle.** Wir geben wissenschaftliche Politikberatung in Auftrag und unsere Wirksamkeit als Interessenverband steht und fällt mit unserer Fähigkeit, dem politischen Entscheidungsprozess möglichst objektive, empirisch abgesicherte, wissenschaftlich begründete hochwertige Informationen und Handlungsempfehlungen zur Verfügung zu stellen.

Nebenbei bin ich **Politikwissenschaftlerin.** In dieser Eigenschaft habe ich mich immer bemüht, meine jeweilige berufliche Tätigkeit aus der Distanz zu beobachten. Meine dennoch höchst subjektiven Überlegungen zum Thema möchte ich Ihnen nun anhand von vier Thesen vortragen und begründen.

These 1: Die Politik braucht gute wissenschaftliche Politikberatung mehr denn je. Sie braucht sie als „verlängerte Werkbank“ für die Verwaltung. Sie braucht sie als Legitimationsbeschaffer und für eine möglichst ganzheitliche, langfristorientierte Problemanalyse. Nicht zuletzt wird wissenschaftliche Politikberatung für das Agenda Setting gebraucht.

Lassen Sie mich diese These im einzelnen wie folgt erläutern.

Ich bin eine engagierte Befürworterin der Forderung vom **Primat der Politik**, einer Politik, die nach demokratischen Spielregeln funktioniert. Die politischen Akteure in Gestalt der Parteien und der gewählten Parlamentsmehrheiten und Regierungsmitglieder können und müssen Ziele formulieren. Diese Funktion darf ihnen die Wissenschaft nicht abnehmen und streitig machen. Die gewählten Politiker werden in die Verantwortung genommen für auftauchende Probleme, die sie entweder nicht rechtzeitig erkannt haben und für die sie nicht rechtzeitig wirksame Gegenmaßnahmen veranlasst haben. Angesichts der Komplexität gesellschaftlicher Problemlagen sind sie nicht in der Lage, die Wege zur Zielerreichung vorzugeben. Sie können in der Regel nicht genügend eigene Kapazitäten aufbringen, um schleichende, langfristige Problemlagen zu erkennen und in ihrem Ziel- und Handlungsprogramm zu berücksichtigen. Sie werden bei unzureichender rechtzeitiger Problemlösung und akuten Problemen aber von den Medien und der Öffentlichkeit unter einen kurzfristigen Handlungsdruck gesetzt. Sowohl hinsichtlich der Umsetzung ihrer politischen Ziele in Handlungsprogramme als auch zur rechtzeitigen Früherkennung problematischer **Entwicklungen braucht die Politik daher einen Apparat von professionellen Helfern**. Das ist in unserem System primär die Ministerialverwaltung. Sie ist im Prinzip so organisiert, dass eine kontinuierliche Beobachtung der einzelnen Sektoren und Problembereiche der Gesellschaft stattfindet.

Von den politischen Akteuren und ihren Helfern in der Ministerialverwaltung oder der Verwaltung von Kommunen und Regionen hängt es deshalb ab, ob ein Bedarf an wissenschaftlicher Politikberatung identifiziert und initiiert wird. **Fehlt im organisatorischen Zuschnitt der Verwaltung dieser Sachwalter- und Beobachterposten wird es in der Regel auch keinen Anstoß und keine Nachfrage nach einer vorausschauenden wissenschaftlichen Politikberatung geben**. Wissenschaftliche Politikberatung wird dann vielmehr zur Krisenbewältigung benötigt, d.h. sie soll bei akutem Problemdruck Lösungswege aufzeigen, mit denen Politikversagen nachträglich korrigiert werden kann.

Meine Erfahrung ist, dass die Akteure in der Verwaltung zumeist über eine gute Einschätzung der Problemsituation verfügen, aber zu wenig interne Kapazitäten haben, um die Problemlage systematisch und faktenreich aufzuarbeiten. Sie brauchen die wissenschaftliche Politikberatung deshalb zunächst einmal als **verlängerte Werkbank**. Sie brauchen sie aber auch aus taktischen Gründen. Da die entscheidungsvorbereitende Verwaltung kein monolithischer Block ist, sondern nach dem Ressortprinzip funktioniert, braucht sie die Ergebnisse von wissenschaftlichen Politikberatungsaufträgen auch zur **Beschaffung von Legitimität** für politische Forderungen, die gegen widerstreitende Auffassungen und Interessen anderer Aufgaben- und Ressortbereiche der Verwaltung durchgesetzt werden müssen. Die Auswahl eines Gutachters und Auftragnehmers ist dabei für die Nützlichkeit wissenschaftlicher Politikberatung von entscheidender Bedeutung. Wenn z.B. im Streit zwischen dem Umwelt- und Wirtschaftsministerium über die Auswirkungen umweltpolitischer Programme auf Arbeitsplätze das Ökoinstitut dem Umweltministerium Schützenhilfe leistet, so wird dies weniger hilfreich sein, als wenn ein der Industrie nahestehendes Institut einem Umweltprogramm positive Beschäftigungswirkungen attestiert. Oder um ein anderes Beispiel aus meiner politischen Praxis zu nennen: Um dem Protest zahlreicher Bürgerinitiativen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen gegen das Kernkraftwerk Krümmel zu begegnen, das für erhöhte Fälle von Leukämieerkrankungen bei Kindern verantwortlich gemacht wurde, hätte ein Gutachten herkömmlicher Reaktorsicherheitsfachleute nicht viel gebracht. Wir beauftragten deshalb das Ökoinstitut Freiburg mit der Untersuchung der Mess- und Kontrolleinrichtungen des Kernkraftwerks. Es konnte dann im übrigen keine Unregelmäßigkeiten im Betrieb des Kernkraftwerks feststellen, die als Auslöser für die Leukämiehäufigkeiten hätten verantwortlich gemacht werden können. (Die Proteste der Bürgerinitiativen gingen trotzdem weiter).

Die Motivlage der Auftraggeber von wissenschaftlicher Politikberatung, die Art und der Umfang der Fragestellung und des Untersuchungsgegenstands bestimmen daher zumeist entscheidend die Reichweite wissenschaftlicher Politikberatung. Auftragnehmer dürfen sich von diesen Motiven in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit einer Fragestellung nicht beeinflussen lassen. Sie müssen die Motive aber kennen und insbesondere hinsichtlich des „Timing“ beherrzigen. Sie

müssen vor allem beim „Thema bleiben“. Ich habe nicht selten Gutachten gesehen, die das gestellte Thema neu interpretierten und den Auftraggebern klar zu machen versuchten, dass die aufgeworfene Fragestellung eigentlich falsch sei.

Enttäuschungen auf Seiten der Auftraggeber haben nach meiner Erfahrung häufig ihren Grund in derartigen Umdeutungsversuchen oder auch darin, dass Gutachter sich darauf beschränken, ihren Auftraggebern in einer umfassenden Problemanalyse „die Welt zu erklären“, die diese zumeist besser kennen als die Wissenschaftler. Der handlungsrelevante Analyseteil kommt dabei nicht selten zu kurz.

Gefragt ist wissenschaftliche Politikberatung in der arbeitsteiligen Ministerialverwaltung aber auch, um sektorale Betrachtungsweisen zu überwinden und Handlungsprogramme zu entwickeln, die auf einer **ganzheitlichen und langfristigen Problemanalyse** beruhen. In der Regel sind die Auftraggeber solcher Art von wissenschaftlicher Politikberatung die Grundsatzabteilungen von Ressorts oder auch die Staatskanzleien und das Bundeskanzleramt. Solche, das **Kästchendenken überwindende Politikberatung** kann für die Auftraggeber sehr erhellend sein. In der politischen Praxis wird sie in der Regel jedoch nur dann wirksam sein, wenn die Auftraggeber mit „langem Atem“, unter Einsatz von viel Kraft und Zeit es schaffen, die notwendigen Handlungs- und Umsetzungsschritte systematisch zu planen und den Beitrag der verschiedenen Akteure zu koordinieren. Erfolgreich werden solche umfassenden Reformbemühungen nur dann sein, wenn die politische Unterstützung für den Erfolg von Konsensbemühungen auf hohem Niveau anhält und sich die Aufmerksamkeit politischer Entscheidungsträger und der Öffentlichkeit nicht anderen Themen zuwendet. Der Mechanismus ließe sich trefflich am Beispiel der Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform illustrieren. Sie war in den 70er Jahren - in der Zeit der „inneren Reformen“ der sozial-liberalen Regierung - mit großer politischer Unterstützung gestartet und wurde Mitte der 70er Jahre unter völlig veränderten politischen Rahmenbedingungen ohne viel Aufsehen zu Grabe getragen.

Für jede Art von guter wissenschaftlicher Politikberatung gilt, dass sie den Praktikern in der Verwaltung helfen kann, bestimmte Probleme und Themen überhaupt auf die **politische Tagesordnung** zu **bringen** und eine öffentliche Debatte zu initiieren. Die Hilfe beim „Agenda Setting“ ist im übrigen in meiner derzeitigen Funktion als Chefin

der Dachorganisation der deutschen Verbraucherverbände das wichtigste Motiv bei der Vergabe wissenschaftlicher Politikberatungsaufträge. Die Verbraucherinteressen haben es im politischen Raum mit notorisch schwachen Verbündeten zu tun. Das politische „Agenda Setting“ übernehmen zumeist plötzlich hochkochende Skandale wie die BSE-Krise. Wenn man hierauf nicht warten will, bietet wissenschaftliche Politikberatung die Chance, Fehlentwicklungen auf die Tagesordnung der Politik zu setzen. **Die Schwäche der Verbraucherforschung ist deshalb im übrigen auch unsere Schwäche.** Wir bemühen uns, dies zu ändern. Ich werde hierauf zurückkommen.

Die Wirksamkeit wissenschaftlicher Politikberatung ist jedoch nicht nur von der Akteurskonstellation auf Seiten der politischen Entscheider abhängig. Hilfreich ist wissenschaftliche Politikberatung vielmehr vor allem dann, wenn sie innerhalb ihrer jeweiligen „**Science Community**“ einen hochgradigen Konsens vorzuweisen hat, und wenn es ihr gelingt, Problemlagen und Handlungsempfehlungen so zu begründen und verständlich zu machen, dass sie zum Gegenstand einer öffentlich wirksamen politischen Debatte und Auseinandersetzung werden. Die Gemeinschaft der Klimaursachenforscher ist so ein Beispiel. Sie hat es durch eine bemerkenswerte weltweite Vernetzung und Konsensbildung geschafft, die Problematik des Klimawandels ganz oben auf die internationale politische Agenda zu setzen (und Forschungsgelder für ihr Forschungsinteresse zu mobilisieren). Demgegenüber sind die verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen, die sich mit den Problemlösungsstrategien zu befassen haben, ein heterogenes, von Dissonanzen und widersprüchlichen Empfehlungen charakterisiertes Lager. Jeder Akteur, der zum Handeln gegen den Klimawandel aufgefordert ist, kann sich so seinen wissenschaftlichen Politikberater aussuchen und auf wissenschaftliche Erkenntnisse verweisen, die politisches Handeln begründen, das den jeweiligen Interessen nicht schadet.

These 2: Es gibt erhebliche Unterschiede in der politischen Wirksamkeit der verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen von Politikberatung. Die Naturwissenschaften waren sehr erfolgreich in der Problemursachenforschung und der Vermehrung politischer Problemlagen. Die Technikwissenschaften genießen Ansehen in der

Politik insbesondere als Hoffnungsträger für Innovation und Wirtschaftswachstum. Sie waren in der Vergangenheit nicht selten die Verursacher politisch-gesellschaftlicher Problemlagen. Die Sozialwissenschaften sind die eigentlich für die Politik relevanten Problemlösungswissenschaften bzw.

„Problemvermeidungswissenschaften“. Ihr Rat ist heute mehr gefordert als je zuvor. Zugleich ist ihr Einfluss auf die politische Debatte höchst fragwürdig. Es dominieren die Wirtschaftswissenschaften, während der Rest sich offensichtlich auf kluge Debatten innerhalb der eigenen wissenschaftlichen Fachzirkel beschränkt. Die Sprachlosigkeit und die unterschiedliche Logik der verschiedenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen muss überwunden werden. Ziel sollte es sein, dem Imperialismusanspruch der herrschenden Wirtschaftswissenschaften durch empirisch fundierte Sozialforschung zu begegnen und neuen wirtschaftswissenschaftlichen Theorien den Weg zu bereiten. Hierfür bedarf es nicht zuletzt eines neuen Anlaufs in der Verbrauchersforschung.

Neben den Unterschieden der verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen von Politikberatung gibt es einige Gemeinsamkeiten, die das Verhältnis der Lieferanten wissenschaftlicher Politikberatung zu ihren „Kunden“ mitunter schwierig machen. So hat **Murswieck** – nach meiner Erfahrung zutreffend – festgestellt, dass die Handlungslogik der Politik anderen Wirkungsimperativen gehorcht als die Erkenntnislogik der Wissenschaft (Murswieck, 1994). Vordergründig lassen sich diese unterschiedlichen Logiken in der wissenschaftlichen Politikberatung z. B. daran festmachen, dass Wissenschaftler selten das politische Gesetz von „der Gunst der Stunde“ oder dem „**window of opportunity**“ beherzigen. Es besagt, dass ein noch so elaboriertes und gutes Gutachten, das zum falschen Zeitpunkt abgeliefert wird, ein nutzloses Dasein im Bücherregal finden wird oder gleich reif für den Papierkorb des politischen Praktikers ist. Politisches Handeln hat Regeln und Zeitpläne zu beachten. Wer nicht rechtzeitig zu den Vorbereitungskonferenzen und vor der Aufstellung der Tagesordnung internationaler, europäischer oder nationaler Verhandlungen sein Thema verhandlungsreif gemacht hat, steht auf verlorenem Posten.

Gravierender ist der Anspruch der Wissenschaft auf **Rationalität**. Ich muss gestehen, dass mich in der Debatte mit Wissenschaftlern nichts mehr ärgern kann als das Reden von der Notwendigkeit „rationaler Politik“. Hinter diesem Begriff verbirgt sich zumeist der Anspruch auf die „allein selig machende Wahrheit“ und die auf Rationalität beruhende Erkenntnis der Wissenschaft. Dies impliziert zugleich die Unterstellung, dass die Politik und die Entscheidungsvorbereiter bei ihren Handlungen von sachfremden Motiven, Irrationalitäten oder sogar Dummheit geleitet werden. Solche Motive gibt es natürlich. Es gibt sie allerdings auf beiden Seiten.

Der Rationalitätsanspruch ist in den verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen der Politikberatung unterschiedlich stark ausgeprägt. Er korreliert – was nicht überrascht – mit dem tatsächlichen Einfluss wissenschaftlicher Politikberatung auf Politik. Die Natur- und Technikwissenschaften ebenso wie die derzeitigen Mainstream-Vertreter der Wirtschaftswissenschaft reklamieren für sich in besonders selbstbewusster Weise den Anspruch auf „Rationalität“. Sie haben auch in der Regel einen erheblich größeren Einfluss nicht nur auf die Themen der politischen Auseinandersetzung als die Sozialwissenschaften, sondern auch ein größeres Gewicht, wenn es um die Austarierung verschiedener Meinungen und Interessen im politischen Entscheidungsprozess geht. Die Naturwissenschaften sind vor allem erfolgreich als Erforscher von Problemursachen. Die Wirtschaftswissenschaften produzieren übergreifende Patentrezepte für die Lösung aller Probleme. Von den übrigen Sozialwissenschaftlern erwartet die Politik nicht nur eine Analyse von Problemursachen und das Liefern von Patentrezepten, sondern Antworten auf die Frage, wie sie erkannten Problemlagen begegnen und mit Erfolg Gegenstrategien entwickeln und in den Mehrebenenforen des politischen Entscheidungsprozesses durchsetzen kann. Diese Erwartungen der Politik haben die Sozialwissenschaften in der Vergangenheit nicht selten enttäuscht.

Meine subjektive Sicht der Dinge habe ich bereits eingangs angekündigt. Deshalb will ich hier beispielhaft zur Begründung meiner These vom enttäuschenden Einfluss der Sozialwissenschaften auf praktisches politisches Handeln ein Forschungsdefizit erwähnen, das mir besonders am Herzen liegt. Es ist die **Verbraucherforschung**. Die derzeitige Verbraucherforschung beschäftigt sich – höchst verdienstvoll – mit

einzelnen Sektoren des Verbraucherverhaltens sowie den Schutzmechanismen für die Verbraucher als Individuen. Sie überlässt das Studium der Bedingungen und Funktionsweise der Nachfrageseite des Marktes den Wirtschaftswissenschaften und der dort entwickelten Wettbewerbstheorie. Danach ist der maximale internationale Freihandel der Marktanbieter, die Privatisierung von Bereichen der Daseinsvorsorge und Öffnung für den unternehmerischen Wettbewerb, die Deregulierung und Entbürokratisierung das richtige Rezept für die Marktwirtschaft und die Verbraucher. Rahmensetzungen, die den grenzenlosen Wettbewerb der Unternehmen beschränken, werden in diesem Konzept zumeist als sozialpolitische Wohltaten angesehen, die in der Tendenz die positive Entwicklung der unternehmerischen Marktkräfte behindern. **Die Verbraucherforschung hat bisher die kollektive Wirkungsweise der Nachfrageseite des Marktes und die volkswirtschaftliche Bedeutung der Nachfrage in einem globalen, von der nationalen Politik kaum steuerbaren Markt nicht zum Gegenstand ihrer Forschung macht.** Sie befindet sich deshalb ständig in der Defensive und ist nicht in der Lage, der Verbraucherpolitik Argumente und Forschungsergebnisse zu liefern, die dabei helfen, der Dominanz einer rein angebotsorientierten Wirtschaftspolitik Paroli zu bieten. Es wäre deshalb an der Zeit, dass sich die Sozialwissenschaft und insbesondere die Politikwissenschaft der Thematik annehmen.

These 3: Der wissenschaftliche Erkenntnisprozess ist selbst ein kontroverser Prozess. Wissenschaftliche Politikberatung muss sich deshalb immer der Tatsache bewusst sein, dass sie von der einen oder anderen Seite in der politischen Auseinandersetzung instrumentalisiert werden kann. Sie braucht deshalb ein solides Fundament im Bereich der unabhängigen Wissenschaft und Forschung.

Jedes Themenfeld, jedes politische Ressort, jedes wirtschaftliche und gesellschaftliche Interesse findet heute einen wissenschaftlichen Gutachter, der die Meinung und politische Zielsetzung des Auftraggebers bestätigt. Meistens ist es nur eine Frage des Geldes und des Organisationsgrads bestimmter wissenschaftlicher Lehrmeinungen, welche Wirkung ein Gutachten im politischen Prozess entfalten kann. **Aufgrund der Abhängigkeit der Universitäten und der**

Wissenschaftlerkarrieren von Drittmitteln aus der Wirtschaft kann wissenschaftliche Politikberatung so genutzt werden, um bestehende Macht- und Einflussbereiche zu verteidigen und zu zementieren.

Darüber hinaus tummeln sich auf dem Markt der Anbieter wissenschaftlicher Politikberatung Unternehmen und Institute, die ihre Mitarbeiter aus dem Kreis der arbeitssuchenden Hochschulabgänger rekrutieren. Sie vermitteln diesen das Selbstbewusstsein, sie könnten als Ratgeber den Leuten in der politiknahen Verwaltung erklären, wie die Probleme dieser Welt zu lösen sind. Als effizientes, die Kosten des jeweiligen Projektauftrags reduzierendes Hilfsmittel dienen computergängige Patentmodelle, die beliebig auf alle Problemlösungen, Management- und Durchsetzungsprobleme angepasst werden können. Neben den kommerziellen Politikberatungsinstitutionen gibt es auf dem Politikberatungsmarkt aber auch zunehmend Institute, die sich der Wissenschaft zu zählen, sich aber primär einem bestimmten politischen Engagement verpflichtet fühlen. In solchen Instituten fühlen sich z. B. Biologen oder Ingenieure aufgerufen und befähigt, politikwissenschaftliche Fragestellungen zu bearbeiten. Das Ergebnis ist ein wissenschaftlich höchst fragwürdiger Dilettantismus. Es wird Politikberatung produziert, die weder in der eigenen wissenschaftlichen Community, noch in der der Politikwissenschaft akzeptiert und respektiert wird,

Damit wissenschaftliche Politikberatung nicht zur kommerziellen Ware oder der Bedienung weltanschaulicher und politischer Richtungen verkommt, bedarf es einer Qualitätssicherung und Anbindung an die Unabhängigkeit von Wissenschaft und Forschung. Die Unabhängigkeit von Wissenschaft und Forschung muss sich an den Methoden, der Arbeitsweise und Qualität wissenschaftlicher Politikberatung festmachen. **Unabhängigkeit beweist sich nicht in einer Nichtachtung oder sogar Missachtung der Logik und Handlungsspielregeln der Politik.** Die Voraussetzungen hierfür können nur die wissenschaftlichen Politikberatungsinstitutionen selbst leisten.

These 4: „In Deutschland herrscht ein duales Modell von Politikberatung, d.h. Politik und Wissenschaft werden als klar abgegrenzte Systeme betrachtet. In Deutschland ist die Wissenschaft besonders stolz

auf ihre Autonomie. Die Distanzierung von der Politik gehört zum positiven Selbstbild der Wissenschaft.“ (Renate Mayntz, 1994). Erfolgreiche wissenschaftliche Politikberatung darf nicht käuflich werden. Sie muss sich aber mit der Logik der Politik vorurteilsfrei auseinandersetzen. Generell sollte die wissenschaftliche Politikberatung ihre Grundeinstellung zur Politikspäre ändern. Vorrangig gilt dies für die Sozialwissenschaften und insbesondere die Politikwissenschaft. Um wirksam und erfolgreich zu sein, sollte sie sich intensiver mit der Handlungslogik der Politik auseinandersetzen.

● Die Produzenten von Politikberatung und deren Auftraggeber und Kunden sind auf einander angewiesen. Nicht selten gibt es zwischen Beiden synkopische Beziehungen, d.h. Auftraggeber und Auftragnehmer kennen bereits bei der Auftragsvergabe die Ergebnisse der Auftragsforschung. Ebenso häufig sind jedoch beide Seiten vom Ergebnis eines Forschungsauftrag frustriert. Die Gründe hierfür liegen zunächst beim Auftraggeber. Ich habe oft erlebt, dass Forschungsaufträge zu pauschal formuliert wurden. Es mangelte oft zwischen der Auftragsvergabe und der Ablieferung eines Gutachtens an der notwendigen kontinuierlichen Kommunikation zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer. Ebenso oft habe ich aber auch erlebt, dass sich wissenschaftliche Gutachter nicht ernsthaft mit dem Beratungsbedarf der Auftraggeber auseinandersetzen, sondern ihre eigenen Spielwiesen beackerten und den Auftraggebern damit mehr Steine als Brot ablieferten.

Ich fasse zusammen:

Wissenschaftliche Politikberatung heute unterscheidet sich hinsichtlich der taktischen Motivlage der Auftraggeber nicht von früherer wissenschaftlicher Politikberatung. Sie war und ist immer in der Gefahr für die politischen Interessen der Auftraggeber instrumentalisiert zu werden. Um dieser Gefahr und der „Korruptierbarkeit“ durch die Notwendigkeit zur Einwerbung von Drittmitteln Stand zu halten, braucht sie eine solide Verbindung und Anbindung an den Bereich der unabhängigen Wissenschaft und Forschung. Neu ist, dass die sozialwissenschaftliche und insbesondere die politikwissenschaftliche Politikberatung

angesichts der zunehmenden Handlungsnotwendigkeiten nationaler Politik heute mehr denn je benötigt werden. Die Sozialwissenschaften sind hierfür nicht gut gerüstet. Unsere Demokratie hat sich in Zeiten wachsenden Wohlstands für alle Bevölkerungsschichten und ausreichender Verteilungsspielräume etablieren und behaupten können. Wir brauchen heute angesichts der Globalisierung von Märkten, der Mobilität von Kapital und der damit verbundenen Bedrohung heimischer Arbeitsplätze neue politische Konzepte, um den sozialen Frieden und unsere Demokratie auch in Zukunft zu sichern. Die Politik steht dieser Situation weitgehend ratlos gegenüber und ist deshalb aufnahmefähig für wissenschaftliche Politikberatung. Dieser Beratungsbedarf darf nicht allein den Wirtschaftswissenschaften in ihrer derzeitigen Ausrichtung überlassen werden. Gebraucht wird vielmehr eine problem- und handlungsorientierte Sozialforschung und Politikberatung.

Dem RISP wünsche ich in diesem Sinne weitere 25 erfolgreiche Jahre beim Entwickeln und Vermitteln von Problemlösungen, die den sozialen Frieden in unserem Land bewahren und insgesamt helfen, die Zukunftsfähigkeit unseres politisch-gesellschaftlichen Systems zu sichern.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.